

Ergänzungsantrag zum Haushaltsplanentwurf**Antragstext:**

Der Stadtbezirksbeirat Leuben schlägt vor, dass die Mittel für die spartenübergreifende Kulturförderung und hier insbesondere die institutionelle Kulturförderung im gleichen Haushaltansatz wie 2020 fortgeführt ^{werden} wird. Eine Kürzung aller Einrichtungen durch Mehrbedarfe von einzelnen Einrichtungen (Kraftwerk Mitte, Kulturpalast) ist außerdem auszuschließen.

Begründung:

Der Förderverein Putjatinhaus e.V. (im Folgenden Putjatinhaus genannt) ist mit der von ihm betriebenen Einrichtung das letzte verbliebene sozio-kulturelle Zentrum des Stadtbezirks. Das Putjatinhaus beschäftigt wenige feste Mitarbeiter (in Teilzeit) und über 20 freie Mitarbeiter, sogenannte Freelancer, teilweise regelmäßig. Honorar und Personalkosten machen hier 50% der Plankosten aus. Addiert man hierzu die Betriebskosten ist der Bodensatz der Kosten für den Betrieb des Hauses bereits höher als die institutionelle Förderung. Des Weiteren leisten mehr als 20 ehrenamtliche Helfer*innen regelmäßig Dienst im und um das Haus.

Das Putjatinhaus erhält mehr als die Hälfte seines Finanzbedarfs aus Drittmitteln, Beiträgen und Spenden. Eine Kürzung der Fördersumme bedeutet für diesen Träger nichts geringeres als eine umfangreiche Kürzung seines Angebots, Kündigungen langjährig beschäftigten Personals und eine stark verminderte Auftragsvergabe an Freelancer. Die Angebote des Putjatinhauses waren jedoch auch in Zeiten vor der Pandemie sehr gefragt und häufig ausgebucht. Sie boten den Bürger*innen nicht zu unterschätzende beteiligungsorientierte, wohnortnahe Kulturveranstaltungen, Workshops, Lesungen, Freizeitgestaltungen und nicht zuletzt einen Treffpunkt zum gegenseitigen Austausch.

So stark genutzte Angebote zu reduzieren reißt ein Loch in die örtliche Zivilgesellschaft und schadet nicht zuletzt den Schwächsten in unserer Gesellschaft.

Wir müssen uns klar dazu bekennen, dass etablierte Strukturen erhalten werden müssen. Gerade in Zeiten großer Unsicherheit müssen lokale Stabilitätsanker mehr denn je für die Bürger*innen nutzbar sein.

Zuletzt ist noch zu sagen, dass selbst eine auf Vorjahresniveau stagnierende Finanzierung bereits Einschränkungen aufgrund von Kostensteigerungen bedeutet.

Florian Guhr

